

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 10

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

DIE SOWJETUNION ALS WELTMACHT *

Einige Bemerkungen zum Verhältnis zwischen globalpolitischen Aspirationen und innenpolitischen Zwängen

Das Bild der künftigen internationalen Ordnung wird zweifellos in vielfacher Weise von Gewicht und Rolle mitgeprägt werden, das die Sowjetunion als Weltmacht spielen wird und spielen kann. Das Ausgreifen weit über den traditionellen grossrussischen Interessenbereich – der eurasiatische Kontinent – verleiht der sowjetischen Politik erstmals eine Dimension von globaler Reichweite. Wenn es hierzu noch einer sichtbaren Demonstration bedurfte hätte, so hat sie das sowjetische Eingreifen in Afghanistan um die Jahreswende 1979/80 geliefert.

Das alles würde an sich schon eine intensivere Beschäftigung mit der Sowjetunion, den Grundlagen und Grenzen ihrer Macht rechtfertigen. Mindestens ebenso bedeutsam ist aber, dass das weltpolitische Engagement der Sowjetunion nicht nur eine Verstärkung und Ausdehnung ihrer militärisch-politischen Macht widerspiegelt, sondern zugleich auch – gleichsam als Gegenstück – ihre Verletzlichkeit gegenüber äusseren Einflüssen erhöht. Eine einigermassen realistische Beurteilung von Umfang und Wirkung

sowjetischer Macht wird deshalb in erheblichem Masse darauf abstellen müssen, wieweit die innen- und wirtschaftspolitische Basis dieser Macht ausreicht, das weltpolitische Engagement abzustützen und zusätzliche Verletzlichkeiten gegen äussere Einflüsse entstehen werden oder könnten. Mit anderen Worten: auch die Sowjetunion wird nur so stark und einflussreich sein können, wie es einmal ihre innere Verfassung und Wirtschaftskraft erlauben, und zum andern wo sie in ihrem Auftreten nach aussen nicht auf Schwierigkeiten, Hindernisse und Widerstand stösst. Damit ist zugleich gesagt, dass auch der Ausdehnung sowjetischer Macht objektive Grenzen gesetzt sind, und diese Macht nicht nach Belieben, sondern nur innerhalb einer vorgegebenen weltpolitischen Konstellation zum Tragen gebracht werden kann.

Diese Feststellungen haben unvermeidlicherweise einen Anklang von Gemeinplätzen. In einem gewissen Sinne sind sie es auch. Wenn sie hier trotzdem getroffen werden, dann einmal, weil in weiten Kreisen des We-

* Dieser Beitrag unseres Mitarbeiters wurde für die im November erscheinende Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer geschrieben: «Innen- und Aussenpolitik, Primat oder Interdependenz?», herausgegeben von Urs Altermatt und Judith Garamavölgyi. Wir danken dem Verlag Paul Haupt (Bern), der diese Vorveröffentlichung genehmigt hat.

stens offenbar die Meinung vorherrscht, die Sowjetunion könne sich in Verfolgung ihrer ideologisch vorgegebenen Zielsetzung eine Politik uneingeschränkter Machtausweitung leisten, ohne jemals an die Grenzen ihrer eigenen Leistungsfähigkeit zu stossen. Denn dass Weltmacht auch weltweite Verpflichtungen mit enormen finanziellen und wirtschaftlichen Lasten bedeutet, scheint etwas zu sein, was diese Beobachter offenbar nur für die westlich-«kapitalistischen» Länder zuzugestehen bereit sind. Zum zweiten sollen die oben getroffenen Feststellungen an den engen Zusammenhang, die dauernde Wechselbeziehung zwischen innerer und äusserer Politik erinnern, die auch für die Sowjetunion zutrifft, wenn auch in ganz besonderer Weise¹.

Diese Besonderheit liegt vor allem darin, dass mit der Sowjetunion erstmals ein totalitär regierter Staat Weltpolitik im wahrsten Sinne zu betreiben in der Lage ist. Weder das imperiale Japan der dreissiger Jahre noch das nationalsozialistische Deutschland waren dazu fähig, obwohl hier zweifellos erste und ernst zunehmende Ansätze vorhanden waren. Die grossen europäischen Kolonialmächte, England und Frankreich zumal, ebenso wie die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg, verfügten (oder verfügen) über ein politisches System, dessen grundsätzlich demokratischer Charakter von vornherein allzu kostspieligen oder abenteuerlichen Unternehmungen gewisse Schranken setzten.

Wie bedingt auch immer diese Schranken gerade im 19. Jahrhundert gewesen sein mögen, sie existieren auf politischer Ebene in der Sowjetunion

höchstenfalls dort, wo es innerhalb der obersten Führung Meinungsverschiedenheiten über den aussenpolitischen Kurs gibt. Institutionell sind sie jedenfalls nicht: die politische Führung ist von der Verfassung her in keiner irgendwie erkennbaren Weise in ihrer äusseren Handlungsfreiheit eingeengt; die in Artikel 108 der neuen Verfassung bekräftigte Entscheidungsbefugnis des Obersten Sowjets auch im Bereiche der Aussenpolitik (deren Ziele erstmals ausführlich im 4. Kapitel der Verfassung definiert werden) hat lediglich formalen Charakter.

Allein schon von hierher gewinnt die Tatsache ihre Bedeutung, dass die Sowjetunion die Fähigkeit erlangt hat, zumindest militärische Macht weltweit einzusetzen. Sie zwingt mehr als bisher der Verbindung zwischen innenpolitischen Strukturen und wirtschaftlichem Potential einerseits, aussenpolitischen Zielen und Möglichkeiten anderseits verstärkt nachzugeben: auch sowjetische Macht ist keine Macht im luftleeren Raum, selbst wenn die Bedingungen, unter denen sie «produziert» und ausgeübt wird, sich grundsätzlich von jenen bisheriger Weltmächte unterscheiden.

Der vorliegende Beitrag kann nur einige Aspekte dieser ebenso aktuellen wie komplexen Problematik beleuchten. Dies nicht nur aus Raumgründen, sondern vor allem im Blick auf die beunruhigende Tatsache, dass wir immer noch nur sehr wenig darüber wissen, wie in der sowjetischen Führung Entscheidungen getroffen werden, wie gross der Einfluss dieses oder jenes Sektors der Wirtschaft, der Militärs oder anderer Gruppen auf die aussenpolitische Entschlussfassung ist, und nach welchen Kriterien Pri-

oritäten gesetzt werden. Im folgenden soll deshalb aufgezeigt werden, in welcher Weise wirtschaftliche Perspektiven und Probleme sich auf die sowjetische Aussenpolitik auswirken können, und in welcher Weise das aussenpolitische Engagement der Sowjetunion sie auch gegenüber äusseren Entwicklungen empfindlicher machen oder machen könnte.

Grenzen der sowjetischen Wirtschaft

Eine der erstaunlichen Tatsachen sowjetischer Politik findet sich in der tatsächlichen oder scheinbaren Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher Leistung und militärischer Macht. Es scheint, als ob der ungebrochene Ausbau der sowjetischen Rüstung² dem sich sichtlich verlangsamenden Wirtschaftswachstum davonläuft. In der Tat zeigen die Statistiken, dass die sowjetische Wirtschaft weit hinter den von ihrer Führung gesteckten Zielen zurückbleibt; vieles deutet darauf hin, dass in Zukunft der Abstand von Ziel und Erreichtem weiter wachsen wird. Heute spricht niemand mehr von Chruschtschows ehrgeizigem Zwanzigjahrprogramm, mit dem die Sowjetunion die Vereinigten Staaten ein- und überholen wollte³. Bemerkenswert bleibt lediglich die Tatsache, dass Chruschtschow offenbar die wirtschaftliche Komponente der Sowjetmacht parallel zur militärischen zu verstärken, letztere wahrscheinlich sogar zurückzubinden beabsichtigte. Er ging dabei nicht nur von der Notwendigkeit aus, der sowjetischen Bevölkerung mehr Wohlstand zu bieten. Wahrscheinlich hatte er auch erkannt,

dass sein Land nur Weltmacht sein könne, wenn es neben der Rüstung auch über ein nichtmilitärisches Machtpotential verfüge.

In gewissem Sinn hätte man wünschen können, dass diese Chruschtschowsche Vision Wirklichkeit geworden wäre: eine erfolgreichere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hätte es der Sowjetunion vielleicht erlaubt, eine positivere Rolle in der Weltwirtschaft, zumal der Dritten Welt, zu spielen und sich nicht, wie dies heute der Fall ist, so überwältigend stark auf militärische Macht abzustützen. Wie immer auch, das Programm wirtschaftlicher Entwicklung wurde, trotz beachtenswerter Fortschritte, weder in seinem Zeitplan noch in seinem Umfang erreicht. Vielmehr erscheint die künftige Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft heute noch weniger vielversprechend als selbst viele westliche Experten vor wenigen Jahren annahmen. Sie hat sich mit anderen Worten stärker verlangsamt als vorsichtige Prognosen erwarten liessen⁴.

Die Sowjetunion verfügt ohne Zweifel über ein eindrucksvolles Wirtschaftspotential. Mit einem Brutto-sozialprodukt von ungefähr US-Dollar 710 Mrd. (nach Schätzung der Weltbank) rangiert sie – allerdings mit Abstand – hinter den Vereinigten Staaten als zweitgrösste Wirtschaftsmacht der Welt. Sie zählt 140 Mill. Beschäftigte, davon 50 Mill. in Industrie und Bauwesen, und 10 Mill. Absolventen höherer Schulen. Die Sowjetunion verfügt nicht nur über immense Rohstoffvorkommen, sondern unternimmt grosse Anstrengungen zu deren Erschliessung und Ausbeutung. Allein die Grösse des Landes

und seine beherrschende, den ganzen eurasischen Kontinent überspannende Lage machen die Sowjetunion – auch unabhängig von ihrer Wirtschaftsleistung – zu einem der grossen Länder dieser Erde. Aber selbst eine imponierende Wirtschaftsbasis und entsprechend gross dimensionierte Wirtschaftsleistungen erscheinen unzureichend, setzt man sie in Beziehung zum machtpolitischen Ehrgeiz und dem ihn stützenden Rüstungsaufwand der Sowjetunion.

Ja, in dem Masse, in dem sich die aussen- und aussenwirtschaftlichen Verpflichtungen der Sowjetunion weiter ausdehnen, erscheint die einheimische Basis sich zu verengen, da sie, wenn überhaupt, mit dieser Entwicklung nur mühsam Schritt zu halten vermag. Früher oder später wird sich die Frage stellen, ob und in welcher Weise sich weltpolitischer Ehrgeiz mit wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, äussere Ausdehnung und innere Verlangsamung des Wachstums vereinbaren lassen. Es wird sich darauf wohl kaum eine eindeutige Antwort finden lassen. Dies einmal, weil politische Prozesse nicht entlang klar umgrenzter Linien verlaufen, zum anderen, weil die spezifische Struktur des sowjetischen Systems Prioritäten nach ganz anderen Kriterien setzt als demokratisch-liberale Grossmächte – Kriterien, für deren Bestimmung uns das empirische Material weitgehend fehlt.

Was hingegen festgestellt werden kann, sind Entwicklungsperspektiven der sowjetischen Wirtschaft. Zu beginnen wäre hierbei mit der durch Statistiken erhärteten Feststellung, dass die Sowjetunion im Begriffe ist, die Grenzen des extensiven Wachstums zu erreichen. Die traditionellen

Faktoren des extensiven Wachstums – Arbeit, Kapital und Naturschätze – werden zunehmend knapper. Das Angebot an Arbeitskräften wird infolge von Faktoren wie Rückgang des Bevölkerungswachstums, Rückgang «klassischer» Reserven ländlicher und in der Hauswirtschaft tätiger Bevölkerung begrenzter. Die Knappheit des Kapitals vergrössert sich aufgrund der abnehmenden Wachstumsdynamik der Gesamtwirtschaft; zugleich ist aber gerade im Blick auf die Erschliessung neuer Ressourcen und der Modernisierung und Rationalisierung vieler Industriezweige der Kapitalbedarf besonders gross⁵. Nach Feststellung eines westlichen Experten bedürfte jede Steigerung des Volkseinkommens von einem Prozent einer dreifachen an Kapitalinvestitionen. Nur ein sehr grosses Investitionsvolumen könnte die Verlangsamung des Wachstums bremsen⁶.

Es gibt viele Gründe, weshalb ein ungebrochen hohes Wachstum sehr unwahrscheinlich ist. Dazu gehören die wachsende Nachfrage nach Konsumgütern, die ausserordentlich hohen Rüstungsausgaben⁷ und die zunehmende Auslandverschuldung. Ähnliches gilt auch für die Produktivität, deren Erhöhung zahlreiche Schwierigkeiten im Wege stehen. Auf einen einfachen Nenner gebracht, lautet die Erklärung hierfür, dass das sowjetische System nicht jene Voraussetzungen mit sich bringt, die eine solche Steigerung der Produktivität ohne weiteres erlauben. Es fällt ihm schwer, die Bevölkerung zu höherer Arbeitsleistung zu motivieren; der technische Fortschritt erfordert einen freien Austausch von Informationen sowie die Bereitschaft zu Innovationen; die Zu-

sammenarbeit mit westlichen Industrieländern ist in wichtigen Bereichen begrenzt, und eine umfassende Reform des zentralen Planungssystems erscheint aus systemimmanenten Gründen unmöglich. Bis heute ist es dem Sowjetsystem nicht gelungen, ausser rein kosmetischen Systemkorrekturen sich grundlegenden Reformen zu unterziehen. Die Stabilität des Regimes beruht letztlich auf seiner Unbeweglichkeit.

Damit wird nicht eine tiefgreifende Krise der sowjetischen Wirtschaft prognostiziert, selbst wo man sie nicht völlig ausschliessen darf. Wesentlich bleibt in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass dieses System bisher und auf unabsehbare Zeit nicht in der Lage war und ist, eine ausgeglichene Entwicklung aller Wirtschaftsbereiche – des militärischen und des zivilen – zu gewährleisten. Die wirtschaftliche und technische Basis ist offensichtlich zu schmal, um den privaten Konsum in gleichem Masse zu befriedigen wie die ständig ansteigenden Rüstungsbedürfnisse. Dieses Dilemma der sowjetischen Führung dürfte sich in Zukunft noch verschärfen, falls die Verteidigungsausgaben so hoch bleiben wie heute oder sogar noch steigen sollten. Alles deutet darauf hin, dass die Sowjetführung hier vor zunehmend schwierige Entscheidungen bei der Zuteilung der Ressourcen und der Bestimmung wirtschafts- und aussenpolitischer Prioritäten gestellt werden wird.

Wachsende Verletzlichkeit

Es gibt viele Anzeichen für eine stärkere und aktiver Beteiligung der

Sowjetunion in der internationalen Politik⁸. Das ist zu einem Teil natürlich auf ihr massives und weiter ausgreifendes weltpolitisches Engagement zurückzuführen, zum andern aber auch eine Folge wirtschaftlicher Bedürfnisse, zu deren Befriedigung die Sowjetunion auf die Aussenwelt «ausweichen» muss und damit auf diese in gewissem Masse angewiesen wird. Auf die Entwicklung und das Verhalten dieser Aussenwelt hat die Sowjetunion jedoch vielfach nur geringen Einfluss.

Der Preis für ihre langjährige Politik der wirtschaftlichen Autarkie war oft eine unzureichende Versorgung und Knappheit. Theoretisch könnte eine solche Autarkie wohl auch heute, wenn auch unter zunehmenden Opfern, durchgehalten werden; in der Praxis erscheint sie angesichts der Dauerkrise in der Landwirtschaft, dem Rückstand in wichtigen Bereichen der Technik und dem grossen Kapitalbedarf kaum mehr als realistische Alternative. Wohl jede sowjetische Regierung würde zögern, auf sie ohne Not zurückzugreifen. Ihr grösstes Opfer wäre die sowjetische Bevölkerung, der seit Jahrzehnten wachsender Wohlstand und grösserer Komfort versprochen wurden. Die Sowjetunion ist mit anderen Worten ebenfalls abhängiger – und damit auch verletzlicher – geworden gegenüber einer im ideologischen Sinne als feindlich oder doch antagonistisch empfundenen Umwelt. Es bedurfte schon aussergewöhnlicher Umstände, um eine Rückkehr zur «splendid isolation» und damit auch eine Absage an die mit so viel Aufwand und Risiken angestrebte weltpolitische Rolle zu rechtfertigen.

Moskaus «Wille zur Weltmacht»

bringt deswegen keineswegs nur Vorteile und zusätzliche Verantwortung, sondern auch erhöhte Verletzlichkeit: die Exposition gegenüber Entwicklungen, über die selbst eine Weltmacht keine oder nur ungenügende Kontrolle hat. Einige Beispiele dafür, was mit dieser Aussage gemeint ist, mögen dies belegen.

Das neue Seerecht, über dessen Inhalt und Konturen seit Jahren verhandelt wird, wird aller Voraussicht nach den Begriff der «ausschliesslichen Wirtschaftszone» einführen und völkerrechtlich verankern. Diese Zonen werden die Verfügungsgewalt der Küstenstaaten weit über die traditionellen Territorialgewässer bis auf 200 Meilen hinaus erweitern. Von dieser Entwicklung wird die Hochseefischerei in starkem Masse betroffen werden. Bisher konnten sich alle Länder und zumal jene mit einer grossen Fischereiflotte in diesen Meeresregionen frei bewegen; in Zukunft werden sie dies nur noch unter Zustimmung der entsprechenden Küstenstaaten tun können.

Nach Japan ist die Sowjetunion das Land mit der grössten Fischereiflotte, die sich seit Jahren in ständigem Ausbau befindet. Fisch gehört zu den wichtigsten Nahrungsmitteln in der Sowjetunion. Dementsprechend stark ist das Land auf Fischfang angewiesen. Für die Sowjetunion muss deshalb die durch das neue Seerecht vorgesehene Einengung der Fischereirechte erhebliche Konsequenzen haben⁹. Dies kann sich entweder in einem Rückgang des Fangvolumens oder in einer erschwerten Zugänglichkeit zu Fanggründen mit entsprechenden erhöhten Preisen ausdrücken. Für die Sowjetunion sind deswegen die wirtschaft-

lichen und materiellen Auswirkungen des neuen Seerechtes keineswegs vorteilhaft, obwohl ja dieses Seerecht gerade viele bisher benachteiligte Entwicklungsländer begünstigt, für die sich die Sowjetunion stets so lautstark einsetzt.

Eine andere Folge des neuen Seerechts betrifft die freie Durchfahrt durch Meeresengen. Von den ungefähr 116 internationalen Meeresengen sind etwa ein Dutzend von strategisch-politischer Bedeutung für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Die vorgesehene Ausdehnung der Territorialgewässer von drei auf zwölf Meilen würde dazu führen, dass fast alle Meeresengen fortan unter die Kontrolle der jeweils gegenüberliegenden Küstenstaaten fallen werden. Dies bedeutet praktisch, dass fortan alle Unterseeboote auftauchen müssen, um bei der Durchfahrt ihre Flagge zu zeigen. Ebenso werden die Küsteländer die Möglichkeit haben, die Passage von konventionellen Schiffen einzuzgrenzen.

Man kann sich leicht vorstellen, wie solche Beschränkungen gerade jene Mächte treffen werden, die weitgespannte überseeische Interessen und damit auch entsprechende Flottenkapazitäten haben oder deren militärische Macht zu einem wichtigen Teil von strategischen Unterseebooten abhängt. Die Sowjetunion – ebenso wie die Vereinigten Staaten – steht an oberster Stelle dieser Mächte, und sie ist es auch, die viel mehr noch als ihr amerikanischer Rivale von diesen Änderungen des Seerechts betroffen wird. Sie verfügt praktisch nur über einen direkten und das ganze Jahr hindurch benutzbaren Zugang zur offenen See – nämlich von der Kola-

Halbinsel im hohen Norden –; die übrigen Häfen sind entweder aus klimatischen Gründen oft nicht oder nur begrenzt nutzbar, oder vom Zugang zum offenen Meer durch Meerengen getrennt, die sich unter der Kontrolle von Drittstaaten (meist prowestlicher Orientierung) befinden. Es überrascht deshalb nicht, dass die Sowjetunion keineswegs glücklich über derartige Neuerungen und Beschränkungen im Seerecht ist, genau zu einem Zeitpunkt, in dem ihre Flotte zu einem zunehmend wichtigen Instrument ihrer globalen Politik heranwächst. Dementsprechend hat sie, im Verein mit den USA, ihr ganzes Gewicht für eine befriedigende Lösung der Meerengen-Passage eingesetzt.

Ein drittes Beispiel für eine möglicherweise erhöhte Verletzlichkeit der Sowjetunion ist in seiner Bedeutung und seinem Umfang umstritten, jedoch deswegen nicht weniger interessant. Es betrifft die Frage, ob und in welchem Masse die Sowjetunion in absehbarer Zeit auf Ölimporte aus dem Ausland angewiesen sein wird. Westliche Schätzungen über den tatsächlichen Umfang der sowjetischen Ölreserven gehen weit auseinander; die Sowjetunion selbst hat bis heute keine genauen Angaben hierüber gemacht. Sie liess es bei der Feststellung bewenden, die Reserven reichten für die Deckung der eigenen Bedürfnisse und die übernommenen Exportverpflichtungen völlig aus.

Darüber gehen jedoch die Ansichten der nicht-sowjetischen Experten auseinander. Die Angaben, die vor einigen Jahren der amerikanische Nachrichtendienst (CIA) über den künftigen Ölbedarf der Sowjetunion und Osteuropas veröffentlichte, blie-

ben kontrovers. Darnach würden diese Länder 1985 mindestens 3,5 Millionen Fass Öl pro Tag zu importieren haben. Immerhin weisen seriöse Schätzungen darauf hin, dass die Sowjetunion zwar über beachtliche Ölreserven verfügt, dennoch aber mit sich häufenden Engpässen zu kämpfen haben dürfte. Dazu gehören – nach Angaben sowjetischer Fachleute – die ungewöhnlichen Schwierigkeiten bei der Erschliessung und Förderung der weitabgelegenen sibirischen Ölfelder; Moskaus Warnung an die osteuropäischen Verbündeten, dass sie in absehbarer Zukunft nicht mit einer Erhöhung sowjetischer Öllieferungen rechnen könnten; die daraufhin von diesen Ländern unternommenen Anstrengungen, Öl auf ausländischen Märkten, zumal im Mittleren Osten, zu kaufen; das Ungenügen geologischer Prospektion, und schliesslich die oft unzureichende sowjetische Technik zur Ölförderung, was wiederum die Nachfrage nach modernerer Ausrüstung aus dem Westen (einschliesslich Japan) erhöht.

Die Sowjetunion dürfte deshalb ihren eigenen wachsenden Ölbedarf nur decken können, wenn sie die gegenwärtige hohe Produktionsrate aufrechterhält und die hierfür erforderlichen Massnahmen vorkehrt. Dies vorausgesetzt, dürfte die 1985 zu erwartende optimale Produktionsrate etwa bei 630 Mill. Tonnen liegen, mit einer sehr bescheidenen Exportquote von etwa 30 Mill. Tonnen. Die osteuropäischen Länder sehen sich dann mit einem ungedeckten Ölbedarf von etwa 150 Mill. Tonnen¹⁰ konfrontiert. Es überrascht deshalb nicht, dass die Sowjetunion ihren während vieler Jahre nur mit grösster Zurückhaltung

betriebenen Export von Kernreaktoren an Osteuropa heute stark beschleunigt. Denn damit soll nicht nur der ost-europäische Ölkonsum entlastet werden, sondern Moskaus Monopolstellung als konkurrenzloser Lieferant solcher Anlagen (Rumänien macht hiervon eine Ausnahme) zugleich auch eine zusätzliche Kontrollmöglichkeit über die Verbündeten eröffnen.

Das Paradox der sowjetischen Macht

Die Sowjetunion präsentiert sich demnach als eine Macht mit weltweiten Aspirationen, aber einem politisch-wirtschaftlichen System, das konzeptuell ins 19. Jahrhundert zurückreicht, institutionell dank seiner bürokratisch-zentralistischen Formen weitgehend reformunfähig und wirtschaftlich-industriell in zentralen Bereichen noch unterentwickelt ist. Sie steht erst ganz am Beginn der sogenannten «nach-industriellen Revolution» mit ihren vielfältigen komplexen sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen. Allein die Einführung des Automobils auf Massenbasis wird an das System zunehmende Anforderungen hinsichtlich Infrastruktur, Versorgung und wachsender Mobilität der Bevölkerung stellen.

Und dennoch ist es der Sowjetunion gelungen, einen militärischen Machtapparat auf- und auszubauen, der an Grösse und Umfang in mancher Hinsicht jenen des amerikanischen Rivalen übertrifft. Die starke Betonung der militärischen Komponente in der Aussenpolitik folgt dabei durchaus russischer Tradition. Sie ist bestimmt durch die Notwendigkeit der Beherr-

schung und Kontrolle eines enormen Raumes, dessen Sicherheit gegen eine als feindliche, nur durch verletzliche Grenzen getrennte Umwelt nur relativ ist und zusätzlich die Kontrolle eines Vielvölkerstaates erfordert, dessen Loyalität zur Zentralregierung bestenfalls bedingt bleibt. Das entscheidend Neue allerdings ist, dass diese Militärmacht heute weit über die traditionellen Einfluss- und Interessensphären des eurasisatischen Kontinents hinausgreift. Sie gewinnt damit eine interkontinentale, wenn auch vorläufig noch nicht globale Dimension. Dabei stellt sich einmal die Frage, welches die treibenden Elemente dieser Akzentuierung der militärischen Komponente sind, und ob sie wirklich durch einen entsprechenden Ausbau der nichtmilitärischen abgestützt wird.

Über die eigentlichen Motive der sowjetischen Führung wird man immer auf Spekulationen angewiesen sein. Die Rolle der Ideologie als treibende oder nur im Nachhinein legitimierende Kraft bleibt umstritten. Trotzdem lässt sich nicht leugnen, dass die Sowjetunion als «Mutterland der kommunistischen Revolution» einen stetigen Säkularisierungsprozess durchgemacht hat und wohl noch weiter durchmacht. Dabei ist die Komponente rein nationalstaatlicher Interessens- und Grossmachtpolitik immer sichtbarer in den Vordergrund getreten: sie war wohl stets, selbst unter Lenin, vorhanden. Stalin hat sie dann mit seiner Theorie vom «Sozialismus in einem Land» formuliert und praktiziert. Seither schimmert sie trotz aller internationalistischen Verkleidungen sowjetischer Aussenpolitik – sei es unter der Flagge der Komin-

tern, des Kominform oder des «sozialistischen Internationalismus» – hindurch. Treibendes – und traditionelles – Motiv war und bleibt die Sorge um die eigene Sicherheit. Darunter ist nicht nur die Sicherheit vor äusseren Angriffen zu verstehen, sondern auch die Sicherung des Regimes überhaupt. Vor die Alternative zwischen Sicherheit und Machterweiterung gestellt, hat deshalb jede Sowjetführung (mit der möglichen Ausnahme Chruschtschows während seines Kuba-Abenteuers 1962) stets jene der Sicherheit vorgezogen.

Die entscheidende Frage, die sich im Blick auf die weiter ausgreifenden weltpolitischen Ambitionen der Sowjetunion stellt, ist, wieviel hierbei noch Sicherheitsüberlegungen mitspielen bzw. wo und ab welchem Zeitpunkt sie von anderen, wirtschafts- oder machtpolitischen Überlegungen überlagert oder gar verdrängt werden. Auf diese Frage gibt es höchstens Vermutungen oder Hinweise. Ebenso gibt es Anzeichen, dass hierüber innerhalb der obersten Führung Meinungsverschiedenheiten bestehen. Es ist sicher keineswegs so, dass die militärisch-maritime Expansion der Sowjetunion von allen ihren gegenwärtigen und wohl auch künftigen Führern mit ungeteilter Zustimmung verfolgt wird. Denn sie bringt – wie jede Expansion – einmal erhebliche zusätzliche Lasten für Wirtschaft und Finanzen, und zweitens erhöhte Risiken für die eigene Sicherheit. Das mag die insgesamt grosse Vorsicht der sowjetischen Politik gerade dort erklären helfen, wo die Gefahr einer direkten Konfrontation mit der amerikanischen Gegenmacht droht.

Eine aktive, weit ausgreifende und

womöglich erfolgreiche Aussenpolitik dient aber zweifellos zur Legitimierung der sowjetischen Führung im Inneren. Die ständige Betonung des wachsenden Beitrages der Sowjetunion zur Erhaltung des Weltfriedens und der Förderung des sozialen Fortschritts appelliert bewusst an den sowjetisch-russischen Nationalstolz und lässt wohl auch Unvollkommenheiten zuhause leichter ertragen. Es ist deshalb nur ein scheinbares Paradox, dass die geschilderte Stagnation und Engpässe der sowjetischen Wirtschaft, das sich verlangsamen wirtschaftliche Wachstum und der technologische Rückstand auf den Westen zusammenfallen mit dem Aufstieg der Sowjetunion zur militärischen Weltmacht. Hier werden Zielvorstellungen, die sich im Inneren nur ungenügend oder allzu langsam verwirklichen lassen, nach aussen übertragen und kompensiert. Wie oft und lange dies geschehen kann und von der Bevölkerung hingenommen wird, ist *eine* Frage, wie weit die verhältnismässig schmale nicht-militärische Basis im Innern ein solches aussenpolitisches Engagement verkraften kann, eine andere.

Das eigentliche Paradox sowjetischer Politik liegt gerade darin, dass auf absehbare Zeit die Sowjetunion Weltmacht nur werden und bleiben kann im militärisch-strategischen Bereich, weil weder ihre Wirtschaft und Technologie, noch ihre Finanzstärke und geistige Ausstrahlungskraft sie zu einer führenden Rolle auf anderen Bereichen befähigen würde. Sie kompensiert mit anderen Worten auf militärischem Gebiet ihre vielfachen Schwächen auf nicht-militärischem. Das ist ihr in mancher Hinsicht gelungen; es ist anzunehmen, dass ihr

dies auch da und dort in Zukunft gelingen wird.

Das wird sie jedoch nicht von einem doppelten Dilemma befreien: militärische Macht allein erweist sich bei der Komplexität internationaler Beziehungen hinsichtlich Bedeutung als eher bedingt wirksam und als vorübergehend hinsichtlich ihrer Wirkung und Dauer. Wichtiger noch ist aber die bereits aufgeworfene Frage, wie lange und in welchem Masse das sowjetische Wirtschaftssystem die Belastungen eines weltumspannenden politisch-militärischen Engagements ohne grössere Erschütterungen und Einschränkungen tragen kann. Man überschätzt die Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit eines totalitär geführten Systems keineswegs, wenn man diese Frage stellt. Denn sie weist einmal mehr auf das Wechselspiel zwischen Innen- und Aussenpolitik und auf die zunehmende Verletzlichkeit der Sowjetunion gerade wegen ihrer Aussenpolitik hin. Sie hilft vielmehr, auch künftige Tendenzen dieser Aussenpolitik abzuschätzen, bei der es zunehmend darauf ankommen dürfte, allzu schwere Belastungen und unverhältnismässig grosse Risiken zu vermeiden.

Damit soll keineswegs der Schluss gezogen werden, dass innen- oder wirtschaftspolitische Überlegungen die aussenpolitische Linie der Sowjetunion bestimmen. Sicher wird dies bis zu einem gewissen Grade der Fall sein; wir verfügen über keine oder nur sehr rudimentäre Hinweise, wo und in welchem Grade dies der Fall ist. Mit einiger Gewissheit wird man aber feststellen dürfen, dass die Bedeutung der Wechselbeziehung zwischen verlangsamtem Wirtschaftswachstum im

Inneren und wachsenden Verletzlichkeiten nach aussen hin einerseits, weltpolitischem Engagement andererseits grössere Bedeutung erhalten dürfte als bisher. Wo dies der Fall ist, wird die Sowjetunion Auswege entweder in wirtschaftspolitischen Reformen zwecks grösserer Effizienz und Leistungsfähigkeit oder in der Suche nach verstärkter westlich-kapitalistischer Hilfe suchen. Ersteres erscheint im Blick auf die bereits erwähnte Reformunfähigkeit unwahrscheinlich. So liegt der Schluss für eine Option für den zweiten Weg nahe. Dies würde praktisch bedeuten, dass die Sowjetunion ihre Politik der «Entspannung» und Zusammenarbeit fortführen möchte. So sehr vieles dafür spricht, wäre es irreführend, darin die einzige denkbare Alternative sowjetischer Politik zu sehen. Ihr stehen, wie jeder Grossmacht, eine Reihe von Zwischenformen politischen Verhaltens zur Verfügung, die sich je nach Gelegenheit und Interessenslage praktizieren lassen.

Soweit sich deshalb Voraussagen über das künftige Verhalten der Sowjetunion als Weltmacht überhaupt machen lassen, werden sie sich auf eine sehr eingehende Analyse aller hierfür bedeutsamen Aspekte der Innen- und Wirtschaftspolitik und ihr Verhältnis zur Rüstungs- und Aussenpolitik gründen müssen. Die Bedeutung einer solchen umfassenden Bewertung aller Aspekte sowjetischer Politik wächst aber in dem Masse, in dem Einfluss und Reichweite der Sowjetunion auf globaler Ebene wachsen. Darin liegt nicht nur eine Herausforderung für die westliche Politik, sondern mindestens so sehr eine für die wissenschaftliche Beschäftigung

und Auseinandersetzung mit den vielfach verflochtenen Komponenten sowjetischer Weltmacht.

Curt Gasteyger

¹ Vgl. zur Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik die hervorragende Analyse von Dietrich Geyer. Voraussetzungen sowjetischer Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit. In: Sowjetunion. Außenpolitik I, Köln, Wien (Böhlau Verlag), 1972, S. 1–85. – ² Vgl. hierzu u. a. Daglef Gerhardt. Der sowjetische Rüstungszuwachs seit Mitte der sechziger Jahre. Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 1979. – ³ Vgl. zu Chruschtschows Plänen: Curt Gasteyger. Perspektiven sowjetischer Politik. Köln-Berlin (Kiepenheuer & Witsch), 1962. – ⁴ Vgl. hierzu: Georges Sokoloff. Sources of Soviet Power: Economy, Population, Resources. In: Prospects of Soviet Power in the 1980s. part I. Adelphi Paper, Nr. 151,

S. 30–36; Hans-Hermann Höhmann. Lage und Entwicklungsperspektiven der sowjetischen Wirtschaft. In: Sowjetische Politik heute. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Nr. 14/1978, S. 12 ff. (fortan: Berichte). – ⁵ Vgl. neben den bereits unter (4) angegebenen Quellen: Hans-Hermann Höhmann/Gertraud Seidenstecher. Sowjetische Wirtschaft 1978/79: Anhaltende Produktivitätsprobleme. Berichte, Nr. 24/1979. – ⁶ Sokoloff, a.a.O., S. 33. – ⁷ Nach variierenden westlichen Schätzungen zwischen 11 und 13 % des Volkseinkommens. – ⁸ Vgl. zum folgenden: Curt Gasteyger. L'avenir de la puissance soviétique. In: Politique internationale, No 3/printemps 1979, S. 151–166. – ⁹ Vgl. hierzu u. a. Elmar Rauch. Politische Konsequenzen und Möglichkeiten der Seerechtsentwicklung aus der Sicht der UdSSR, Berichte, Bd. I, Nr. 36/1977; Bd. II, Nr. 47/1977; Bd. III, Nr. 22/1978. – ¹⁰ Sokoloff, a.a.O., S. 34.

DANZIG AUGUST 1980

Die kalte Revolution und ihre Hintergründe

Die Streikbewegung in Polen, von der öffentlichen Meinung des Westens lange als Kampf um die Wurst verharmlost, liess spätestens seit der Veröffentlichung des Forderungskatalogs des Danziger überbetrieblichen Streikkomitees andere Dimensionen ahnen. Das Streikkomitee in der Danziger Lenin-Werft erwies sich als die Spitze eines Eisbergs – unsere Massenmedien wären zwar eher geneigt gewesen, vom Gipfel eines Vulkans zu sprechen – der weit in die Tiefe reicht, und dies sowohl im historischen wie auch im sozialen und politischen Sinn.

Zunächst die geschichtliche Dimen-

sion. Wie alles in der polnischen Geschichte beginnt auch die Entwicklung, die zum Aushängen des Porträts eines polnischen Papstes an den Toren eines kommunistischen Staatsbetriebs führte, an jenem jahrtausendfernen Tag des Jahres 966, als der Polanenfürst Mieszko sich durch die Taufe zum Christentum in seiner römischen Form bekannte. Als Schweizer wäre man vielleicht auch versucht, die geschichtlichen Wurzeln der Konfrontation zwischen betenden Streikenden und einem moskauhörigen kommunistischen Regime in . . . der Schlacht von Sempach zu sehen. Im Jahre 1386

fiel der Habsburger Leopold III. im Kampf gegen ein kleines Schweizer Heer. Sein Sohn Wilhelm, Verlobter der Tochter König Ludwigs von Ungarn und Polen, verliess auf die Nachricht vom Tod seines Vaters hin Krakau, ohne die Vermählung mit der zwölfjährigen und damit heiratsfähigen Jadwiga (Hedwig) abwarten zu können. Diese heiratete in der Folge auf Drängen des polnischen Adels den heidnischen Litauer Fürsten Jagiello und begründete so das polnisch-litauische Reich, das im Osten die alte Kiewer Rus umfasste und an das moskowitische Reich und die Herrschaftsgebiete der Tataren am Schwarzen Meer grenzte. Der polnisch-litauische Grossstaat schuf die Voraussetzungen für die Wahrung der konfessionellen Einheit der polnischen Kronlande in den Wirren der Reformationszeit und bis zum heutigen Tag: Religionszwiste wurden durch das Fehlen der territorialen Zersplitterung, vor allem aber durch die im weiträumigen Vielvölkerstaat unerlässliche Toleranzpolitik der polnischen Könige verhindert. So konnte Polen in höherem Masse als das konfessionell zerklüftete Böhmen oder Ungarn zum östlichen Vorposten der römischen Kirche gegenüber dem moskowitischen Reich, aber auch zur «Vormauer des Abendlandes», also der christlichen Kultur überhaupt, gegenüber Tataren und Türken werden. Ausdruck dieses früh erwachten Sendungsbewusstseins war König Jan Sobieskis Sieg über die Türken bei Wien im Jahre 1683, an den heute noch ein Monumentalgemälde des polnischen Historienmalers Jan Matejko in den vatikanischen Galerien erinnert.

Eine analoge weltanschauliche Reichweite sollte die Vorstellung von Polen als der «Vormauer des Abendlandes» erst wieder im 20. Jahrhundert erlangen, als die immerhin christlich verbrämte zaristische Gewaltherrschaft in Russland durch die Diktatur des atheistischen Kommunismus abgelöst wurde: nun erwachte wieder das Selbstverständnis der Polen als Vorposten des Christentums. Aus dieser Vorstellung heraus lässt sich etwa das sogenannte «Wunder an der Weichsel» erklären, der Sieg des 1918 neu erstandenen Polens über die Rote Armee im Jahre 1920, der tatsächlich einer wenigstens zeitweiligen Rettung des Abendlandes vor der bolschewistischen Revolution gleichkam. Es ist kein Zufall, dass der Streik in der Danziger Lenin-Werft am Vorabend des 60. Jahrestages dieses Ereignisses ausgerufen wurde. Selbstverständlich erfuhr die Vorstellung von Polen als einer Bastion des Christentums oder doch der katholischen Kirche einen beträchtlichen Auftrieb durch die Wahl des Polen Karol Wojtyła zum Papst.

Der Hinweis auf dieses Ideal der Rettung des Abendlandes und der Wahrung der christlichen Religion mag genügen, um den oft theatralisch anmutenden sakralen Habitus der Streikhandlungen an der Ostseeküste zu erklären. Um aber Ideen und Verhalten der Streikenden ganz zu verstehen, muss auf das 19. Jahrhundert zurückgegriffen werden, das sich als Jahrhundert der Unfreiheit als Modell für die heutige Lage Polens anbietet. Zwei teilweise sich ergänzende, teilweise einander zuwiderlaufende Vorstellungen sind es, die in der Streikbewegung dieser Tage und in

der polnischen Opposition überhaupt weiterleben. Die erste, die Idee der Stellvertretung, ist eine säkularisierte Spielart des bereits geschilderten religiösen Sendungsbewusstseins und gehört der Romantik, also vor allem der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, an; die zweite, der Begriff der «Gesellschaft», prägte insbesondere in der zweiten Jahrhunderthälfte die vorherrschende Anschauung des «Positivismus».

Die Idee der Stellvertretung

Nach dem Zerfall der polnischen Adelsrepublik im Verlauf des 18. Jahrhunderts wurde Polen, die «Bastion des Christentums», zwischen drei christlichen Nationen nach immer neuen Mustern aufgeteilt; Aufstandsversuche wurden niedergeschlagen und vom restlichen Europa je nach politischer und sozialer Opportunität bejubelt oder gerügt. Das polnische Sendungsbewusstsein blieb weiterhin der Anspruch, stellvertretend für das Abendland zu handeln, doch verlagerte sich der Inhalt dieser Mission vom religiösen auf den politischen Bereich, nämlich auf das Ideal der Freiheit, die je nach politischer Orientierung eher national oder sozial gedeutet wurde. Die Vorstellung von einem stellvertretenden Kampf wurde unter dem Eindruck der missglückten Aufstände verdrängt durch die Idee des stellvertretenden Opfers, dem die Romantiker messianistische Züge verliehen. Das romantische Drama verkörperte die Idee der Stellvertretung in faustischen Gestalten wie Konrad in Adam Mickiewiczs «Ahnenfeier» (die behördlich verfügte Absetzung

dieses Stücks löste 1968 die Studentenunruhen in Warschau aus), der mit den Worten «Ich heisse Million» im Namen seiner gekreuzigten Nation Gott herausfordert, oder Kordian, der im gleichnamigen Drama von Juliusz Słowacki stellvertretend für Polen, das er als «Winkelried der Völker» bezeichnet, auftritt. Der Einzelne steht hier stellvertretend für seine Nation, die wiederum stellvertretend für die Menschheit steht – oder fällt.

Die Idee der doppelten Stellvertretung bietet nicht nur eine Erklärung für die Eindimensionalität der Gestalten der polnischen Literatur des 19. Jahrhunderts, wie sie besonders krass bei Sienkiewicz im Vergleich zu seinen russischen Zeitgenossen Tolstoj und Dostojewskij zu beobachten ist; sie lässt auch eine gewisse Gezwungenheit im Verhalten vieler Polen gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber Ausländern verstehen, etwa die Theatralik der Auftritte des Streikführers Wałęsa, auf dessen Gebärden eine schwere Bürde der Repräsentation zu lasten scheint: Vertretung nicht nur einer Belegschaft, nicht nur einer Gewerkschaft, nicht nur einer Klasse, sondern eines Volkes, einer Zivilisation, einer Weltanschauung ...

Gesellschaft als Programm

Während dieser Vertretungsanspruch vor allem in seiner revolutionären und messianistischen Ausprägung im Westen recht gut bekannt ist und Anlass zu mancherlei Befürchtungen über den Verlauf der Streikaktion geben möchte, wird ein zweites Schlüsselwort der polnischen Geschichte des 19. Jahrhunderts und seine Ausstrahlung bis in die Gegenwart vielwen-

ger zur Kenntnis genommen, obwohl es beispielsweise in den Publikationen der heutigen Opposition immer wieder auftaucht und den Übersetzern viel Kopfzerbrechen bereitet: das mit «Gesellschaft» nur unzulänglich wiedergegebene «społeczeństwo». Zum einen diente dieser Begriff im letzten Jahrhundert als Ersatzwort für das bei den Zensurbehörden der Teilungsmächte verpönte «Nation»; zum anderen aber bezeichnete es ein politisches Programm – den Versuch, die politische Inexistenz als Nation durch den Aufbau des gesellschaftlichen Zusammenhalts über die Territorialgrenzen, aber auch über die Klassengrenzen hinaus, wettzumachen.

Diesem Zweck diente im 19. Jahrhundert das Kulturschaffen und das Programm der Volksbildung, die Schaffung politischer und gesellschaftlicher Organisationsformen, die Aktion der wirtschaftlichen und sozialen Förderung. Dank dieser sogenannten «organischen» Arbeit oder Arbeit an der Basis konnte das nach dem Ersten Weltkrieg wiedererstandene Polen so gleich seinen Platz in der europäischen Völkergemeinschaft wieder einnehmen und behaupten, bis es einmal mehr einem Teilungsplan seiner Nachbarn, dem Hitler–Stalin-Pakt von 1939, zum Opfer fiel. Doch selbst in der apokalyptischen Prüfung des Zweiten Weltkriegs lebte die Idee der Erhaltung der «Gesellschaft» in der Gestalt des polnischen Untergrundstaates mit seinen politischen, sozialen und kulturellen Institutionen fort.

Opposition und Gesellschaft

Dem Ideal des Ausbaus der «Gesellschaft» ist auch die systematische Or-

ganisationsarbeit der polnischen Opposition seit dem Jahre 1976 verpflichtet (vgl. J. Luczak-Wild: Polens «neue Opposition», Schweizer Monatshefte, Heft 2, 1980). Zum ersten Male seit den Widerstandskämpfen während und nach dem Zweiten Weltkrieg brachte die Erhebung der Arbeiter von Ursus und Radom, die alsbald von breiten Kreisen der Intelligenz unterstützt wurde, das Erlebnis des Zusammenhalts aller Gesellschaftsschichten, des Vorgehens als Gemeinschaft, als «Gesellschaft». Die erste öffentlich auftretende Organisation oppositioneller Intellektueller, der «Ausschuss für die Verteidigung der Arbeiter» KOR, änderte nach der Erfüllung ihrer unmittelbaren Aufgaben im Gefolge der Streiks von Ursus und Radom ihre Benennung bezeichnenderweise in «Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung» um. Parallel zu und teilweise gemeinsam mit anderen inzwischen entstandenen Oppositionsgruppen mühte sich nun das KOR um die Schaffung sozialer und politischer Strukturen mit dem Ziel der Durchsetzung von Reformen innerhalb des herrschenden Systems und der Erreichung eines Höchstmaßes an Unabhängigkeit von der regierenden Partei und der dahinterstehenden Sowjetunion. So entstanden freie Gewerkschaften und Bauerverbände, Bürgerrechtsgruppen und Selbstverteidigungsorganisationen der Gläubigen, so entstand die «fliegende Universität» am Rande der Hochschulen und die «Volkshochschule» auf dem Lande, die Untergrundpresse und das Verlagswesen ausserhalb der Reichweite der Zensur. Von der Kohäsionskraft des Programms der Schaffung einer organisierten, ihrer

selbst bewussten «Gesellschaft» zeugt die Tatsache, dass die politisch un-einige Opposition (mit dem KOR auf dem linken, der Bewegung zum Schutz der Menschen- und Bürgerrechte [ROPCIO], der Konföderation für ein unabhängiges Polen und anderen auf dem rechten Flügel) bei wichtigen Aktionen gemeinsam vorging.

Die freien Gewerkschaften der Ostseeküste

Im Zuge der Mobilisierung der «Gesellschaft» entstanden auch die freien Gewerkschaften der Ostseeküste – denn über den Forderungen der Streikenden nach «freien Gewerkschaften» darf nicht vergessen werden, dass solche in den wichtigsten Industriezentren wenigstens in der Form von Organisationskomitees bereits seit zwei Jahren existieren. Das mit dem Begriff der «Gesellschaft» verbundene Programm wird in der Gründungserklärung der freien Gewerkschaften der Ostseeküste vom Vorabend des 1. Mai 1978, zu deren Autoren durch die Sprecher des Danziger Streikkomitees, Andrzej Gwiazda und Lech Wałęsa gehören, deutlich formuliert:

«Gewaltsame Ausbrüche der Unzufriedenheit der Gesellschaft bergen die Gefahr eines Aufstandes mit unabsehbaren Entwicklungen und Folgen in sich (Posen 56, März 68, Ostseeküste 70, Juni 76). Das Regime, das sich manchmal zurückzieht (Juni 76), manchmal taktische Wechsel vornimmt (1956, Dezember 1970) erweist sich als unfähig zur Demokratisierung des Gesellschaftslebens. Diese Unfähigkeit hat eine sich von Tag zu Tag vertiefende Krise des Wirtschafts- und

Gesellschaftslebens verursacht und zu einer Staatskrise geführt. Eine umfassende Demokratisierung ist heute das Gebot der Stunde. Die Gesellschaft muss sich das Recht der demokratischen Führung des Staates erkämpfen. Alle ihre Schichten müssen die Möglichkeit der Selbstorganisation und der Schaffung von gesellschaftlichen Institutionen, welche tatsächlich ihre Rechte durchsetzen, erringen. Nur echte gesellschaftliche Zusammenschlüsse und Gemeinschaften können den Staat retten.» Dieser Text lässt deutlich die doppelte Verwurzelung der freien Gewerkschaftsbewegung einerseits in der Geschichte – der Tradition des Widerstands gegen die Besatzungsmächte im 19. Jahrhundert und der Opposition gegen das von aussen aufgezwungene Regime seit dem Zweiten Weltkrieg – und in der Gesellschaft erkennen. Er nennt aber auch das Novum der neuesten polnischen Geschichte beim Namen – den präzedenzlosen Wirtschaftsruin des Landes im Zeichen der «Gierek-Reform».

Gierek, den der blutig niedergeschlagene Streik der Danziger Werftarbeiter vom Dezember 1970 an die Macht gebracht hatte, versuchte in der Folge, durch eine Wirtschaftssanierung auf fremde Rechnung die angeblich rein materiellen Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen. Der Westen war gern bereit, die Erhaltung des status quo in Polen zu finanzieren. Doch der status quo ist in Polen immer ein status quo vadis. Die Milliardenkredite versickerten im System der kommunizierenden Gefässe des Comecon, die Not der Bevölkerung nahm von Tag zu Tag zu. Der Hinweis auf die 20 Milliarden Dollarverschuldung

genügt nicht, um einen Begriff davon zu vermitteln, was die durch den Abfluss nahezu der ganzen Landesproduktion ins Ausland bedingte Wirtschaftsmisere für das Alltagsleben der Polen bedeutet. Für die fast ausnahmslos berufstätigen Mütter, die ihre spärliche Freizeit in Warteschlangen vor den Lebensmittelgeschäften verbringen. Für die Schulkinder, die ihre Hausaufgaben in der Warteschlange stehend schreiben. Für die Alten, die nicht mehr in Warteschlangen stehen können und deren unangepasste Renten ihnen nicht erlauben, sich auf dem Parallelmarkt mit seinen Devisenshops und «kommerziellen Läden» einzudecken. Für die Väter, die mit Zweitarbeit und nie erlahmendem Unternehmungs- und Erfindungsgeist alle Versorgungslücken schliessen müssen ...

Die Streikbewegung 1980

So waren es wiederum wirtschaftliche Faktoren, Preiserhöhungen, die im Juli und August 1980 zu Unruhen führten. Doch die Tatsache, dass die Streikkomitees der Ostseeküste stellvertretend für die ganze Gesellschaft handeln und verhandeln, unterscheidet die August-Ereignisse von allen früheren Konfrontationen zwischen Arbeiterschaft und Regime. Noch 1976 war es einem geschichtlichen Zufall, dem zeitlichen Zusammentreffen des Protests der Intellektuellen gegen die Verfassungsrevision und der Auflehnung der Arbeiter gegen die Preiserhöhungen, zu verdanken gewesen, dass diese beiden Oppositionskräfte zusammengeführt wurden. Heute aber umfasst das 21-Punkte-

Programm des Danziger Streikkomitees die Forderungen der ganzen Gesellschaft, der Arbeiterschaft, der Intelligenz und auch der traditionsreichsten Oppositionsmacht Polens, der katholischen Kirche: also nicht nur Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht, Lohn- und Rentenanpassungen sowie Aufhebung der Privilegien der «neuen Klasse», sondern auch Freiheit der Meinungsäusserung, Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Zum ersten Mal sieht sich das polnische Regime also mit der Gesellschaft als Ganzem, mit einer organisierten Gesellschaft konfrontiert. Schon das kreiselstreikähnliche Aufflackern der Streiks im Juli und in der ersten Augusthälfte hatten eine Koordinierung der Streikaktionen vermuten lassen. Dieser Eindruck wurde verstärkt durch die Zurückhaltung der anderen Industriezentren in der ersten Phase des Danziger Streiks, etwa das rasche Abblasen eines «wilden» Teilstreiks in Nowa Huta, und dann durch das Crescendo der Solidaritätsstreiks in der zweiten Streikwoche bis zu den generalstreikähnlichen Zuständen der letzten Augusttage. Die Ausschaltung der Spitzengruppe des KOR, in der das Regime die Kommandozentrale vermutete, blieb ohne Wirkung. Im Gegensatz zum kommunistischen Staat ist nämlich die oppositionelle Gesellschaft nicht zentralistisch organisiert und selbst mit einem beträchtlichen Polizeiapparat schwer zu kontrollieren. So kam es zu den grotesken Bildern der Verhandlungstage: hier das Streikkomitee, wohlvorbereitet und wohlorganisiert, dort die wechselnden Vertretungen einer zerbröckelnden Regierung, hektisch hin- und hergehetzt zwischen Warschau und

Danzig, hüben und drüben ohne Begeisterung empfangen.

Von der Regierung, der Partei und ihren Beauftragten waren in den kritischen Streiktagen über die Massenmedien nur Warnungen – vor dem wirtschaftlichen Ruin des Landes, vor einer Intervention der Sowjetunion – zu vernehmen, von denen die erste einer Ausrede – denn die katastrophale Wirtschaftslage Polens wurde wahrhaftig nicht durch die Streiks verursacht – die zweite einer Drohung gleichkam. Die einzige staatsmännische Rede von Gewicht war in jenen Tagen die Ansprache Kardinal Wyszyński in Tschenstochau, die einerseits zur Mässigung appellierte, anderseits unmissverständlich die Verantwortungen festhielt. Wyszyński trat gewissermassen in der Funktion eines Interrex auf, die in der polnischen Geschichte dem Primas von Amtes wegen zukommt und die ihm vom schwankenden Gierek-Regime in äusserster Not auch zugestanden wurde. Freilich verbreiteten die polnischen Massenmedien nur seinen Appell zur Ruhe, nicht aber seine Kritik an der Regierung.

Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen Regierung und Streikenden scheinen beide Gefahren wenn nicht gebannt, so doch nicht mehr im Anwachsen begriffen. Für das Regime gilt es nun, das ungeheure Kräftepotential, das sich in dieser Streikaktion geoffenbart hat, für die wirtschaftliche Gesundung des Landes in der Weise zu nutzen, dass sich der östliche Nachbar nicht zum Eingreifen

veranlasst fühlt. Es ist dabei recht belanglos – die gleichgültige Reaktion der Streikenden auf den Personalwechsel in der Regierung war keine leere Rhetorik –, ob die Regierungsequipe unter der Führung Giereks verbleibt oder einen anderen Chef an ihre Spitze stellt; selbst die Oppositionellen würden es vorziehen, wenn auf dem Aushängeschild an der östlichen Haustüre eine Moskau genehme Anschrift belassen würde. Wenn das Regime seine Versprechungen einhält, wenn die freien Gewerkschaften sich entfalten können, ohne dass ihre Mitglieder befürchten müssen, ihre gewerkschaftliche Tätigkeit mit Gefängnis (wie Edmund Zadrożny, Grudziąż) oder gar mit dem Leben zu bezahlen (wie Tadeusz Szczepański in Danzig zu Beginn dieses Jahres), wenn auch die anderen Organisationen der polnischen «Gesellschaft», insbesondere die bäuerlichen Selbsthilfeorganisationen, aus der Illegalität heraustreten und sich offen organisieren können, dann besteht eine Chance, dass sich Polen aus dem gegenwärtigen Wirtschaftschaos erhebt. Darüber hinaus könnte Polen seiner Funktion getreu ein in Europa einzigartiges Gesellschaftsmodell verwirklichen, in dem die Aufgabe der Wahrung der religiösen Kultur des Westens und die Erfahrung mit dem kommunistischen System, die es dem Westen voraus hat, sich zu einem neuen Wertgebäude fügen.

Jeannine Luczak-Wild

DIE SCHWIERIGEN AUTONOMIEVERHANDLUNGEN

Lücken in der Camp-David-Übereinkunft

Das Dokument von Camp David, auf das sich im September 1978 Ministerpräsident Begin und Präsident Sadat unter Mitwirkung Präsident Carters geeinigt haben, besteht aus zwei Hauptteilen. Im ersten wird laut Überschrift ein «Rahmen» für den Frieden im Nahen Osten gesetzt, im zweiten ein «Rahmen» für einen Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel. Ein solcher Vertrag ist innert relativ kurzer Frist fertiggestellt und im März 1979 in Washington unterzeichnet worden. Dies war weitgehend daher möglich, weil schon der «Rahmen» von Camp David klar vorzeichnete, wie die ägyptisch-israelische Regelung in den Hauptpunkten aussehen sollte. Schon vor dem Beginn der eigentlichen Friedensverhandlungen war also in den Grundzügen Einigung erzielt. Ja, was die endgültige ägyptisch-israelische Grenze betrifft, schrieb der «Rahmen» – mit der Formulierung, dass die «volle ägyptische Souveränität» bis hin zur «international anerkannten Grenze zwischen Ägypten und Mandat-Palästina» reichen solle – bereits den präzisen Verlauf vor. Das ganze im Jukrieg von 1967 seitens Israels besetzte Sinaigebiet wird wieder ägyptisch sein, wenn einmal die Bestimmungen des Vertrags in die Wirklichkeit umgesetzt sind. Bezuglich der andern seit dem Sechstagekrieg israelisch besetzten Gebiete hingegen zeichnet die Vereinbarung von Camp David wenig Präzises vor. Dementsprechend sind bis jetzt die von Ägypten und Israel unter amerikani-

scher Beteiligung geführten sogenannten «Autonomieverhandlungen» über das Westjordanland und den Gaza-streifen, denen ebenfalls das Camp-David-Dokument zugrundeliegt, immer wieder in die Sackgasse geraten.

Ein Torso

Schon ein oberflächlicher Blick auf dieses Dokument zeigt, dass es ein Torso ist. Erhöhe es Anspruch auf Vollständigkeit, müssten auf den Hauptteil über den ägyptisch-israelischen Vertrag weitere «Rahmen» folgen: nämlich über bilaterale Abkommen Israels mit Jordanien, Syrien und Libanon; ihr Fehlen lässt sich unter anderm damit erklären, dass es sich Sadat kaum herausnehmen konnte, stellvertretend für die Regierungen dieser Staaten zu wirken, die selber keine Neigung zeigten, sich auf den mit dem Jerusalembesuch des ägyptischen Staatschefs eingeleiteten Friedensprozess einzulassen. Lücken sind aber auch im ersten, allgemeinen «Rahmen» festzustellen, der doch eigentlich, seinem Titel entsprechend, Richtlinien für allseitige Lösungen der zwischen Israel und seinen Nachbarn stehenden Probleme enthalten sollte. Überhaupt ist dieser Teil nicht eben ein Musterbeispiel für systematischen Aufbau: Ausführungen über «Westbank und Gaza» nehmen hier weitaus den meisten Platz ein; sie sind sogar länger als der ganze «Rahmen» über den ägyptisch-israelischen Vertrag,

aber in mancherlei Hinsicht sehr vage. Syrien wird zwar in Aufzählungen der Nachbarstaaten Israels, die ebenfalls Friedensverträge schliessen sollten, erwähnt, nicht aber das besetzte (syrische) Golangebiet, dessen Zukunft in diesem Zusammenhang ohne Zweifel zu den Hauptfragen gehört, und auch nicht Ostjerusalem. Auch über die Palästinaflüchtlinge von 1948 und ihre Nachkommen sagt der Text nichts Konkretes.

Man könnte zudem finden, der allgemeine «Rahmen» sei auch unter dem Gesichtspunkt der Logik unzulänglich. So etwa werden im letzten Abschnitt dieses Teils Grundsätze aufgezählt, welche auf die «Friedensverträge zwischen Israel und *allen* seinen Nachbarn – Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon – angewendet werden sollen», und das erste dieser Prinzipien lautet: «Die Signatare werden Beziehungen untereinander schaffen, wie sie für Staaten, die im Frieden miteinander leben, normal sind ...». Aber gerade das, worüber dieser «Rahmen» am meisten Worte enthält und worum es bei den «Autonomieverhandlungen» geht, wird anscheinend oder scheinbar nicht zu den «Nachbarn» Israels gezählt: In den langen Ausführungen über «Westbank und Gaza» werden diese Gebiete nicht als Staat oder möglicher Staat, aber auch nicht als zum einen oder andern der genannten Staaten gehörig oder als zwischen Israel und bestehenden arabischen Staaten ganz oder teilweise strittig bezeichnet. Sie werden eigentlich als eine Art Niemandsländer behandelt. Zugleich werden im selben Text die Palästinenser (zu denen ohne Zweifel die Bewohner von Westbank und Gaza gehören) ein «Volk» mit

«legitimen Rechten» genannt; Beteiligung an den «Autonomieverhandlungen» jedoch wird ihnen nur in Form der Abordnung von Delegierten in die Unterhändlerteams Ägyptens und Jordaniens zugestanden. Im Gegensatz zu dem «Rahmen» für den ägyptisch-israelischen Vertrag wird in dem allgemeinen «Rahmen» die Cisjordanien-Gaza-Frage nicht unter dem Territorial- und Souveränitätsaspekt angegangen, sondern im Vordergrund stehen Konzessionen an die arabische Bevölkerung dieser Gebiete. Die Regelung, die hier ins Auge gefasst wird, berührt nur nebenbei zwischenstaatliche Probleme oder Ansprüche.

Rückblick auf die Mandatszeit

Als ein Grund dafür, dass diese beiden Territorien in dem Camp-David-Text ganz anders behandelt sind als der Sinai, kann ihr Status vor 1948, das heißt vor der jüdischen Staatsgründung angeführt werden. Sie gehörten zu keinem der damals bestehenden Staaten, sondern zum britischen Völkerbundsmandatsgebiet Palästina, in dem laut dem Teilungsbeschluss der UNO-Generalversammlung von 1947 neben dem jüdischen ein (ebenfalls unabhängiger) arabischer Staat hätte entstehen sollen, während Jerusalem und Bethlehem und der Umschwung dieser Städte zu internationalisieren gewesen wären. Dieser Plan konnte bekanntlich nicht verwirklicht werden. Israel fiel aufgrund des Ausgangs des Krieges von 1948 ein größeres Staatsgebiet (inklusive Westjerusalems) zu als das im Teilungsplan vorgesehene; König Abdullah von Transjordanien annektierte denjenigen

Rest des Mandatsgebiets (inklusive Ostjerusalems), der jetzt «Cisjordanien», «Westjordanland» oder «Westbank» genannt wird; den Gazastreifen nahm Ägypten unter Verwaltung, ohne ihn förmlich zu annexieren. Die Annexion Cisjordaniens durch das Haschemitische Königreich wurde zunächst namentlich durch die übrigen arabischen Staaten angefochten und nur seitens Englands und Pakistans formell anerkannt. Bedenken bestanden aber, und zwar weltweit, auch gegen die Erweiterung des jüdischen Staates über die Linien des UNO-Teilungsplanes hinaus: So richteten alle Regierungen, die mit Israel diplomatische Beziehungen aufnahmen, ihre Vertretungen zunächst nicht in Westjerusalem, sondern in Tel Aviv ein. Der einzige arabische Staatschef, der vor 1967 öffentlich von der Möglichkeit einer Anerkennung Israels sprach, Präsident Bourguiba von Tunesien, nannte als eine der Vorbedingungen die Verkleinerung des jüdischen Staates im Sinne des Teilungsbeschlusses von 1947; und dies wird auch heute noch öfters vorgebracht, wenn arabische Regierungen oder PLO-Exponenten über die Möglichkeit von Friedensverhandlungen mit Israel sprechen. Ob es noch irgendwelche praktische Bedeutung hat, kann aber bezweifelt werden. Denn praktisch wurde die israelisch-jordanische Waffenstillstandslinie von 1949 von aller Welt sehr bald als Grenze zwischen den beiden Staaten betrachtet. Und als Grenze des eigentlichen israelischen Staatsgebiets wird diese Linie (sowie diejenige, die den Gazastreifen abtrennt) offensichtlich (stillschweigend) auch in der Camp-David-Übereinkunft angesehen, die zwar die Frage der Sou-

veränität über «Westbank und Gaza» offen lässt, aber für diese beiden seit 1967 von Israel besetzten Gebiete eine Sonderregelung vorsieht. In den ägyptisch-israelischen «Autonomieverhandlungen» ist unter dem Gesichtspunkt der territorialen Zugehörigkeit eigentlich nur das von Israel formell annexierte Ostjerusalem strittig: nach ägyptischer Auffassung gehört es zur «Westbank», und seine arabischen Bewohner sind demnach in die «Autonomie» einzubeziehen.

Amerikanische Undeutlichkeit

Die Ausklammerung der Souveränitätsfrage bezüglich Cisjordaniens und Gazas hat sich aber nicht nur (und wohl auch nicht vorwiegend) aus deren früherem Status ergeben. Bis hin zu Camp David stand im Vordergrund der Diskussion über einen israelisch-arabischen Frieden – auch der Vorschläge, die von äusseren Mächten gemacht wurden – die Frage der endgültigen Grenzen Israels. Die arabische Seite, soweit dort überhaupt eine Hinnahme des jüdischen Staates in Erwägung gezogen wurde, forderte neben einer nicht näher definierten «Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes» die vollständige Rückgabe aller im Jukrieg von 1967 durch Israel besetzten Gebiete, machte also die Rückkehr zu den Grenzen von 1949 zur Vorbedingung oder Grundbedingung des Friedens. Israel setzte dem ein kategorisches «Niemals» entgegen: Die israelischen Arbeiterparteiregierungen wollten hauptsächlich aus militärstrategischen Sicherheitsgründen möglichst den ganzen Golan (der übrigens seit der Zeit nach dem Ersten

Weltkrieg eindeutig syrisches Staatsgebiet war) sowie grössere Teile Cisjordanien und der Sinai-Halbinsel für alle Zeiten behalten. In Israel gab es eine Zeit des «Kartenzeichnens»: Grenzlinien wurden auf dem Papier nicht nur durch den Sinai, sondern auch durch Cisjordanien gezogen; auch für dieses letztere Gebiet strebte also Israel eine territoriale Lösung an, so etwa mit dem «Allon-Plan», der vorsah, dass schwach bevölkerte Teile davon – in den Bergen und dem Jordan entlang – dem jüdischen Staat zugeschlagen würden und der Rest mit einem schmalen Korridor in der Jordansenke wieder an Jordanien käme. Dem hinwiederum setzten alle arabischen Staaten ein kategorisches «Nein» entgegen. Es kam dann zwar in der Zeit nach dem Krieg von 1973 zu stufenartigen israelischen Rückzügen im Sinai und im Golan (Kissingers «Entflechtungsabkommen»). Aber in der Frage der endgültigen Grenzen zeigten sich keinerlei Annäherungen; sie wurde überhaupt nie richtig in Angriff genommen. Dies war wohl nicht zuletzt auch dem Umstand zuzuschreiben, dass die Vereinigten Staaten von Amerika, unter deren Ägide namentlich seit Sadats Abwendung von der Sowjetunion alle nahöstlichen Friedensbemühungen standen, hierzu nie eindeutig Stellung nahmen: Washington konnte zwar den Völkerrechtsgrundgesetz, der Gebietserwerbungen durch Gewalt ausschliesst, nicht ausser acht lassen und hat die israelischen Annexionsabsichten nie gutgeheissen (sondern allenfalls ganz kleine Grenzkorrekturen erwogen); es hat sich aber in Rücksichtnahme auf Israel und die amerikanischen Juden nie offiziell und klar darüber geäussert, welches in Be-

rücksichtigung jenes Grundsatzes Israels endgültige Grenzen sein sollten.

Präjudizierungsversuche

Begin hat diesen Gordischen Knoten (abgesehen vom Golan) durchhauen – im Sinai wirklich, in Cisjordanien aber wohl nur scheinbar. Er schätzt offenbar und mit Grund die alte Grenze zu Ägypten als strategisch weniger prekär ein denn die zu Jordanien (mit Israels «Wespentaille») und zu Syrien, und vor allem spielt für ihn das religiösnationalistische Motiv bezüglich des Sinai keine Rolle, bezüglich des Westjordanlandes aber eine um so grössere. Er hat zwar in Camp David eine Übereinkunft gutgeheissen, die, wie erwähnt, Israel (abgesehen vom Golan) auf sein ursprüngliches Staatsgebiet beschränkt, was die Sinaigrenze betrifft, expressis verbis, was das ehemalige Mandatsgebiet betrifft, dem Sinne nach. Doch die Camp-David-Übereinkunft ist eben in Sachen Cisjordanien und Gaza eher nur hinsichtlich der Verhandlungen, die darüber geführt werden sollen, sehr ausführlich, aber sehr wenig konkret bezüglich dessen, was diese letztlich ergeben sollen. Sie sieht vor, dass zuerst Arrangements für eine höchstens fünfjährige Übergangsperiode zu erreichen wären; ein Hauptpunkt sollte dabei die Ersetzung der israelischen Militärverwaltung durch eine von den Bewohnern frei zu wählende «Selbstverwaltungsbehörde» sein. Nicht später als drei Jahre nach deren Amtsübernahme sollen Verhandlungen beginnen über den endgültigen Status von «Westbank und Gaza» sowie über die Beziehungen dieses Gebildes mit sei-

nen Nachbarn und einen Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien. (Nur ziemlich nebenbei und kurz wird bemerkt, dass Gegenstand der Verhandlungen unter anderm auch die Grenzziehung sein könnte.)

Man kann den Camp-David-Text kaum dahingehend interpretieren, dass er die Entstehung eines unabhängigen Staates in «Westbank und Gaza» schlechthin ausschlösse. Er ist bezüglich dieser Territorien ein typisches Kompromissdokument und klammert als solches eine kardinale Frage – eben die der Souveränität – aus. Aber offenbar wirkte diese Frage von Anfang an in die Autonomieverhandlungen, in denen offiziell nur die Übergangsperiode zur Debatte steht, hinein. Und vor allem weil gerade bezüglich dieser Frage die Vorstellungen der Regierungen von Jerusalem und Kairo äusserst weit auseinandergehen, sind die Gespräche immer wieder vom Scheitern bedroht. Beide Seiten versuchen, für die Übergangsperiode einen Zustand herbeizuführen, der für die Zeit danach präjudizierend wäre. Sadat will der Selbstverwaltungsbehörde möglichst viele und für die ganzen Territorien geltende Kompetenzen geben und auch die Sicherheitsbelange möglichst weitgehend in arabische Hände legen. Begin will eine Behörde mit sehr beschränkten Befugnissen und möglichst viel israelische Sicherheitspräsenz; er besteht auf dem Recht der Juden, überall in Cisjordanien zu siedeln, und handelt auch ständig danach; er schafft sozusagen israelische Enklaven, die dann wohl auf Dauer besonderen israelischen Schutzes bedürften. Im Grunde genommen läuft offenbar Begins Politik auf dauernde israelische Kontrolle über «Westbank und Gaza»,

und zwar über die ganzen Gebiete, hinaus, während Sadat volle arabische Souveränität über diese Territorien anstrebt und in diesem Sinne praktisch auf einen unabhängigen Palästinenserstaat hinzuwirken scheint.

Die Frage des Palästinenserstaates

Der unabhängige Palästinenserstaat in Cisjordanien und im Gazastreifen ist inzwischen zum offiziell erklärten Ziel derjenigen arabischen Regierungen geworden, die einer Friedensregelung mit Israel nicht absolut ablehnend gegenüberstehen. Und immer mehr machen sich auch westeuropäische Staaten diese Forderung zu eigen. Parallel dazu ist die Palästinensische Befreiungsorganisation in den Genuss eines zweiten Aufwertungsschubes gekommen, nicht nur seitens der arabischen Staaten, die der unter anderm wegen der lang dauernden israelischen Besetzung immer bedeutender gewordenen PLO schon früher das «Alleinvertretungsrecht» für das ganze «palästinensische Volk» zugeschrieben und damit König Hussein aus möglichen Verhandlungen zum vorneherein hinausgedrängt hatten, sondern auch seitens westlicher Regierungen. Und immer mehr sieht es so aus, als halte alle Welt (ausser Amerika und Israel) dafür, die Hauptvoraussetzung eines nahöstlichen Friedens sei die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates – und als sei die Verfestigung dieses Konzepts nicht mehr rückgängig zu machen. Es kann nicht bestritten werden, dass das Einschwenken westlicher Staaten auf diese Linie unter anderm auch mit der ständig in der Luft liegenden «Ölwaffe»-Dro-

hung zusammenhangt. Aber damit ist diese Entwicklung bei weitem nicht ganz verständlich gemacht. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte gerade darin liegen, dass Cisjordanien und Gaza nicht nur von arabischen Regierungen, sondern auch von Begin und den Amerikanern (in Camp David) quasi zu staatspolitischem Niemandsland erklärt worden sind: Der Raum für die mögliche Entstehung eines neuen Staatsgebildes wurde damit erst recht geöffnet. Übrigens hatte Jimmy Carter schon 1977, bald nach seinem Amtsantritt, in die Richtung gewiesen, die dann die Dinge nahmen: mit seinem Ausspruch über ein «Homeland» der Palästinenser. Man kann es auch so formulieren: Das Ausweichen vor der Frage der Souveränität und damit eigentlich auch derjenigen der endgültigen Grenze Israels im ehemaligen Mandatsgebiet hat die Frage des Palästinenserstaates zwar nicht offiziell, dafür aber realiter ins Zentrum der Verhandlungen über Cisjordanien und Gaza geraten lassen.

Bedenken

In der israelischen Arbeiterpartei ist das zu Erwartende offenbar früh erkannt worden: Ein Hauptargument der Kritik von dieser Seite an Camp David lautete, mit der «Autonomie» wäre der erste Schritt zum «PLO-Staat» vollzogen. Man hat sich aber auch zu fragen, ob eigentlich diese Aussicht allen arabischen Regierungen eitel Genugtuung bereite, ob es ihnen wirklich um den Palästinenserstaat gehe und nicht vielmehr ganz einfach um die Wiederherstellung arabischer Souveränität über die Gebiete und

über die «heilige» Altstadt Jerusalems. Sadat kann diesen sozusagen allgemein-arabischen Anspruch nicht in den Wind schlagen, wenn er sich von der übrigen arabischen Welt nicht noch weiter ins Abseits gedrängt sehen will. Wenn er auf den Palästinenserstaat hinstrebt, lässt sich das wohl zu einem guten Teil damit erklären, dass sich ihm – gerade angesichts der Camp-David-Übereinkunft – kaum eine andere Möglichkeit zeigt, im Sinne des arabischen Anspruchs zu wirken und den Vorwurf des «Verrats» von sich abzuwälzen. Es ist ferner nicht ausgeschlossen, dass Camp David aus ähnlichen Gründen arabische oder islamische Regime, die sich weit vom Schuss befinden, angeregt hat, noch mehr als vorher auf die PLO zu setzen (wenigstens verbal), so namentlich auch die Erdöl-Monarchen, und zwar wohl kaum in erster Linie weil sie Jerusalem unbedingt zur Hauptstadt eines Palästinenserstaates machen, sondern eher weil sie den Tempelplatz mit den beiden Moscheen wieder unter muslimischer Herrschaft sehen wollen. (Es ist allerdings nicht zu vergessen, dass die PLO in den reichen Golfländern aufgrund ihres Einflusses bei den vielen dort arbeitenden Palästinensern ein gewisses Druckpotential hat.) Für die arabischen Nachbarregime könnte der Palästinenserstaat ein Element der Unruhe sein. Es ist zwar nicht sicher, aber keineswegs ausgeschlossen, dass gerade die intrinsigentesten und «revolutionär» eingestellten Führer von Fedayin-Organisationen an die Macht kämen, was vor allem für die Monarchie in Jordanien eine Gefahr darstellen würde, aber auch für Syrien – dies unter anderm daher, weil ein solches palästinensi-

sches Regime unerfüllbare Forderungen gegenüber Israel erheben und damit die Eventualität kriegerischer Verwicklungen mit Israel «zur Unzeit» heraufbeschwören könnte. Von Damaskus her kamen – vor Sadats Jerusalembesuch – denn auch gelegentlich Zeichen, die darauf schliessen liessen, dass Präsident Asad das palästinensische Staatsgebilde gern in eine Föderation eingebunden sähe (mit Jordanien oder zugleich auch mit Syrien). Für Syrien ist die PLO unter anderm ein Instrument, das Stiche gegen Israel ausführen kann, solange dieses sich weigert, den Golan zurückzugeben. Das Damaszener Regime hält dabei die Fedayin möglichst unter Kontrolle – auch in Libanon.

Die PLO hat sich immer noch nicht offiziell und klar darüber ausgesprochen, ob sie Israel anerkennen würde, wenn sie an Verhandlungen über einen eigenen Staat teilnehmen könnte; ihre Charta verlangt immer noch die Besitzigung des jüdischen Staates, und es fehlt nach wie vor nicht an Erklärungen von Führern der Organisation, denen zu entnehmen ist, dass sie den Palästinenserstaat in Cisjordanien und Gaza als Vorstufe zum Staat im ganzen ehemaligen Mandatsgebiet ansehen, in dem «Muslime, Juden und Christen friedlich zusammenleben könnten». Die Möglichkeit, dass in der PLO das Umdenken irgendwann im Sinne der Mässigung weiter geht, kann nicht einfach negiert werden. Aber bis jetzt wurde seitens der Fedayin-Organisationen ohne Zweifel viel zu wenig getan, um bei den Israeli die Vorstellung zu wecken, sie würden von einem Palästinenserstaat in Frieden gelassen. Es ist daher ziemlich unwahrscheinlich, dass eine israelische Arbeiterpar-

teiregierung zur Schaffung eines solchen Staates ohne weiteres eine prinzipiell andere Haltung einnahm als Begin, nur dass sie wohl Verhandlungen mehr unter dem Sicherheitsaspekt und weniger unter dem national-religiösen führen und vielleicht wieder die Annexion von Teilen der Gebiete anstreben würde.

Circulus vitiosus

Aber was wäre denn sonst die Alternative? Die Rückkehr zum Status quo ante, das heisst die Wiederherstellung des jordanischen Staates von 1950–1967? Die jordanisch-palästinensische oder die syrisch-jordanisch-palästinensische Föderation? All das liefe – wie der Palästinenserstaat – auf Rückgabe der gesamten besetzten Gebiete unter arabische Souveränität hinaus, und dem steht nach wie vor das israelische, in Misstrauen gegenüber den Arabern überhaupt begründete «Niemals» entgegen. Also doch die beschränkte Palästinenserautonomie unter israelischer Obhut? Man könnte dafür ins Feld führen, dass sich im «vereinigten» Jerusalem (dessen Ostteil bekanntlich nicht erst durch das «Hauptstadt»-Gesetz vom letzten Juli annektiert worden ist) ein anscheinend ziemlich reibungsloses Zusammenleben von Juden und Arabern ergeben hat. Befürworter der Politik Begins argumentieren, gerade die jüdischen Siedlungen in Cisjordanien und im Gazastreifen böten wie nichts anderes Gelegenheit für Israeli und Palästinenser, sich aneinander zu gewöhnen und sich gegenseitig verstehen zu lernen. Bis jetzt sieht aber die Wirklichkeit ganz anders aus: Je mehr jüdische Siedlungen gegrün-

det werden, desto mehr vergiftet sich die Atmosphäre in Hebron, Nablus und in kleineren Ortschaften Cisjordaniens sowie auch weiterum in arabischen und islamischen Ländern. Dieses Klima lähmt arabische Geister, die sich vielleicht differenziertere Lösungsmöglichkeiten ausdenken könnten. Die in der Camp-David-Übereinkunft vorgesehene Ausdehnung des Unterhändlerkreises auf Jordanien und Vertreter der Palästinenser ist blockiert. Von einer möglichen Einbeziehung Syriens in den Friedensprozess ist kaum die Rede; dabei ist es schwer vorstellbar, wie sich König Hussein ohne Zustimmung mindestens aus Damaskus an den grünen Tisch setzen könnte. (Dass Präsident Asad schon seit langem keine Zeichen der Verhandlungsbereitschaft mehr gibt, kommt allerdings nicht nur daher, weil ihm keine Angebote gemacht werden, sondern hängt auch mit der schwierigen innenpolitischen Situation seines Regimes zusammen.)

Offenbar verhärtet und verschärft sich wieder einmal die Haltung sozusagen der gesamten arabischen Welt gegenüber Israel. Die Annahme des Jerusalemgesetzes durch die Knesset

hat nun auch «gemässigte» Regime – wie diejenigen am Golf – veranlasst, wieder von der Notwendigkeit des Krieges zu sprechen. Um so weniger Anlass glauben so die Israeli zu haben, ihr Misstrauen abzubauen und den Verzicht auf alle 1967 eroberten Gla-
cis ins Auge zu fassen. Und um so schroffer fordern die Araber, soweit sie an einen Frieden mit dem jüdischen Staat denken, weiterhin gerade diesen Verzicht. Der circulus vitiosus dreht sich wieder, und mehr als auch schon scheinen die Versuche, Israels Sicherheitsanspruch mit der Hauptforderung zu vereinbaren, von der die Araber nicht abgehen, wieder der «Quadratur des Zirkels» zu gleichen. Immerhin ist aber der ägyptisch-israelische Vertrag Ergebnis eines solchen Versuches; die restlose Verwirklichung seiner Bestimmungen ist bis jetzt trotz allem nicht ausser Reichweite gerückt. Und eventuell könnte sich an der Sinaigrenze erweisen, dass Friedensabkommen Israels mit seinen Nachbarn doch nicht unbedingt vorwiegend auf der Basis des Misstrauens geschlossen werden müssen.

Ferdinand Hurni